



Mehr Wissen.
Mehr Können.
Mehr Zukunft.

FREIE WÄHLER

Postvertriebsstück Nr.: 08837

WILLKOMMEN IN SCHRUMPFHAUSEN: DER SCHLEICHENDE TOD DER DÖRFER



Einen günstigen Bauplatz, einen Leihwagen für drei Monate, einen Kinderwagen, Strampelanzüge, einen kostenlosen Lottoschein und jeden Morgen frische Brötchen: Gerd Goebel hatte sich einiges einfallen lassen, um sein Ziel zu erreichen. Der ehrenamtliche Bürgermeister von Tiftlingerode, einem Ortsteil des niedersächsischen Duderstadt nahe der Grenze zu Thüringen, wollte den demographischen Wandel in seinem Dorf aufhalten und die Einwohnerzahl über die magische Grenze von 1000 heben. Als die Aktion vor zehn Jahren begann, erregte sie viel Aufmerksamkeit: Journalisten aus ganz Deutschland kamen in die Region südlich des Harzes, sogar Fernsehteams aus Südkorea und Japan, um über die Bemühungen Goebels für mehr Nachwuchs zu berichten. Und tatsächlich: Schon ein Jahr später konnte Goebel den 1000. Bürger begrüßen. Der Höchststand lag zwischenzeitlich bei 1011 Einwohnern. Heute gibt es die Aktion nicht mehr, die Bevölkerungszahl ist wieder deutlich unter die Tausendermarke gerutscht und Ernüchterung hat sich bei Goebel breit gemacht: „Wir hatten Erfolg, unser Ziel erreicht und somit auch die Schule gerettet. Es hat aber enorm viel Kraft gekostet. Das kann man nicht über Jahre hinweg durchhalten. Letztlich bringt es nichts, wenn die Rahmenbedingungen nicht stimmen. Es gibt in unserer Region zu wenige Arbeitsplätze und die jungen Leute gehen nach dem Abitur alle weg. Wir fühlen uns von der Politik allein gelassen.“ Mit viel Aufwand habe er den demographischen Wandel in Tiftlingerode nur ein paar Jahre hinauszögern können. Nun drohe dem Ort in Zukunft ein neues Problem: Leerstand.

untersuchten acht Ortsteilen mit rund 3200 Einwohnern standen 100 Wohngebäude leer oder waren davon bedroht“, berichtet Tobias Alt von der Gemeinschaftsinitiative. Schnell sei klar gewesen, dass etwas unternommen werden müsse: die Geburtsstunde der Allianz, zu der heute sieben Gemeinden gehören. Seitdem ist viel passiert: 160 Bauvorhaben wurden von den Kommunen mit insgesamt 650.000 Euro gefördert, man kümmert sich um Existenzgründer, es wurden in den Ortsteilen Gemeinschaftszentren eingerichtet und einige Dorfläden eröffnet. Um das Problem Leerstand nicht zu verschärfen, seien, so Alt, Baugebiete teilweise wieder zurückgenommen und keine neuen mehr ausgewiesen worden. Auch in Rheinland-Pfalz stellt man sich dieser Herausforderung. Im Rahmen eines Projektes versucht die Entwicklungsagentur des Landes in den Gemeinden sogenannte ehrenamtliche Leerstandslotsen zu finden und schult diese. Dabei gehe es, so die Projektbetreuerin, erst einmal darum, eine Bestandsaufnahme vor Ort zu machen und mit betroffenen Hausbesitzern in Kontakt zu treten. Das sei nicht immer einfach. Viele wollten nicht darüber sprechen und oft gebe es unrealistische Vorstellungen über den Verkaufswert. Aber auch einige Kommunalpolitiker hätten noch nicht erkannt, dass Neubaugebiete in so einer misslichen Lage überflüssig und deren Erschließung zu teuer seien. Die Leerstandslotsen sollen daher bei der Bevölkerung in den schrumpfenden Dörfern ein Bewusstsein schaffen, das Beste aus der schwierigen Situation zu machen. Mehr Ehrlichkeit in der Diskussion um den demographischen Wandel fordert auch das Berli-

ner Institut für Bevölkerung und Entwicklung. Leerstand - das ist kein gutes Zeichen. Es ist ein sichtbares Symptom für das Schrumpfen oder den schleichenden Tod eines Dorfes. Wie sehr sie davon bereits betroffen sind, wollten die Gemeinden der Allianz „Hofheimer Land“ im unterfränkischen Landkreis Haßberge 2008 herausfinden. Und das Ergebnis war alarmierend: „In den damals

ner Institut für Bevölkerung und Entwicklung. Dessen Leiter Reiner Klingholz sagte kürzlich gegenüber dem Deutschlandradio: „Man muss einerseits der Realität ins Auge blicken, dass bestimmte Dörfer nicht dauerhaft existent bleiben werden. Da muss man sich um die letzten Menschen natürlich kümmern, die immer schlechter versorgt sind und man sollte diesen älteren Menschen Angebote machen und sie dabei unterstützen, wenn sie in den nächsten größeren Ort oder in ein Zentrum umziehen wollen.“ Er fordert ein Denken in Aufgaben, nicht in Strukturen: „Der Gesetzgeber oder die Verwaltung generell muss da flexibler werden - weg von diesen starren Regelungen, die wir ja in Deutschland oder in der EU haben, die aber im Allgemeinen für die großen Zentren gedacht sind. Wir brauchen da insgesamt mehr Flexibilität, mehr Ausnahmemöglichkeiten, damit dort in diesen Gebieten neue Ideen auch umgesetzt werden können.“ Eine dieser neuen Ideen, um die Versorgung für die verbliebene, meist ältere Bevölkerung auf dem Land zu sichern, sind sogenannte multiple Häuser, ein von der Bundesregierung gefördertes Projekt in Mecklenburg-Vorpommern. Am Stettiner Haff an der Grenze zu Polen wurden in fünf Ortschaften leerstehende alte Dorfschulen in multifunktionale Häuser umgewandelt, die in diesem Herbst eröffnet werden sollen. Die Nutzung der Gebäude kann dabei täglich wechseln: Am Montag kommt der Arzt, am Dienstag die Physiotherapeutin, am Mittwoch die Sparkasse, am Donnerstag der Frisör, am Freitag der Lebensmittelhändler - je nachdem was in der Gemeinde fehlt. Konkurrenz zu vorhandenen Anbietern soll es nicht geben. Am Wochenende stehen die Gebäude schließlich für Gemeinschaftsveranstaltungen zur Verfügung. Die Gewerbetreibenden teilen sich die Miete und erhöhen damit die Wirtschaftlichkeit des Projekts. Der Landkreis Leipzig in Sachsen ist bereits dabei, das Modell für einige besonders unterversorgte Kommunen zu übernehmen. Denn schließlich ist eines klar: Wer alt ist und sein Haus nicht mehr los wird oder seine Heimat nicht verlassen möchte, der ist auf solche Unterstützung angewiesen. Das weiß auch Tiftlingerodes umtriebiger Bürgermeister Goebel. Anstelle von kraftraubenden Aktionen setzt er nun auf Protest: „Ich überlege, ob wir als gesamtes Dorf die nächste Wahl in zwei Jahren boykottieren. Wir brauchen mehr Aufmerksamkeit bei der großen Politik für unsere Probleme in den kleinen Dörfern.“

Marco Hörner

DAS ERSTE JAHR IN DER ZWEITEN LANDTAGSPERIODE DER FREIEN WÄHLER – EIN RÜCK- UND AUSBLICK

München (29. September 2014) Mit Erscheinen dieser Ausgabe haben die FREIEN WÄHLER das erste Jahr in ihrer zweiten Landtagsperiode schon wieder erfolgreich abgeschlossen. Zahlreiche Themen konnten nahtlos aus der vergangenen Legislaturperiode weitergeführt werden. Aber auch einige neue politische Problemfelder sind binnen dieses einen Jahres hinzugekommen.

Direkt nach der parlamentarischen Sommerpause stand Ende September die Herbstklausur der Freien Wähler Landtagsfraktion ganz im Zeichen von

- Forderungen für eine neue Politik gegenüber dem bayerischen Mittelstand,
- der Kritik an den geplanten Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TISA sowie
- der Notwendigkeit zu mehr Engagement des Freistaats bei der Bewältigung der Energiewende

Zu einer schier unendlichen Geschichte entwickelt sich auch die desolote Bildungspolitik – und hier vor allem die mehr als überfällige Reform des bayerischen Gymnasiums. Schließlich bleibt die bayerische Politik auch nicht von weiteren politischen Skandalen verschont. Diese werden wir einmal mehr in parlamentarischen Untersuchungsausschüssen aufarbeiten müssen.

Dringend benötigt: eine neue Politik für den Bayerischen Mittelstand

Die mittelständischen Unternehmen, Handwerks- und Kleinbetriebe sind das Rückgrat der bayerischen Wirtschaft. Dennoch wird dieser existenzielle Bereich seit Jahren von der etablierten Politik sträflich vernachlässigt. Statt besserer Anreize, sich selbständig zu

machen, regiert die Verhinderungsbürokratie – und eingeseessene Unternehmen werden mit immer neuen Auflagen, Bestimmungen, Verordnungen und Abgaben gegängelt und eingeschränkt. Das muss sich grundlegend ändern. Die FREIEN WÄHLER haben sich deshalb zum Beispiel nach der Abschaffung der Studiengebühren dafür eingesetzt, die Meister-Ausbildung in vergleichbarem Kostenrahmen zu fördern und zu entlasten. Wir fordern außerdem mehr und bessere Möglichkeiten für Existenzgründer und für Unternehmer, an Risikokapital zu kommen. Ferner stehen die FREIEN WÄHLER für die Abschaffung der Erbschaftsteuer, um Unternehmensnachfolgen nicht zum Finanzrisiko werden zu lassen. Höhere öffentliche Fördergelder für die energetische Sanierung von Gewerbegebäuden sollen dem Mittelstand im Freistaat zusätzliche Aufträge eröffnen.

Wird abgelehnt: Freihandelsabkommen TTIP, TISA und CETA

Seit Monaten wird die Debatte um die geplanten Handelsabkommen mit den USA (TTIP, TISA) und Kanada (CETA) zunehmend intensiver geführt. Wir FREIE WÄHLER lehnen diese Abkommen aufgrund fehlender Transparenz, Aushöhlung des Rechtsstaatsprinzips und vor allem wegen der völligen Ausblendung der Interessen der Bürger weitgehend ab. Um hier entsprechenden Einfluss zu nehmen, haben wir über den Bayerischen Landtag bereits mehrere parlamentarische Initiativen gestartet. Daran werden wir festhalten und dafür arbeiten, dass unsere hohen Standards bei Lebensmitteln, die Qualität von Waren und Dienstleistungen sowie beispielsweise die Entscheidungsbefugnisse unserer Kommunen



Prof. Dr. Michael Piazolo
Generalsekretär

nicht transnationalen Lobbyinteressen geopfert werden. Auf der Herbstklausurtagung der Fraktion in Kaufbeuren wurde deshalb eine weitreichende Resolution erarbeitet, die den Mitgliedern auf der nächsten Landesversammlung zum Beschluss vorgelegt werden soll.

Dringend notwendig: Energiewende in Bayern vorantreiben

Auch mit dem Thema Energiewende hat sich die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion in letzter Zeit intensiv befasst. Eine Wende in der Energiepolitik ist in der Tat dringend notwendig und vor dem Hintergrund einer drohenden Klimakatastrophe geradezu unausweichlich. Die Energiewende ist jedoch auch ein wichtiger Jobmotor für Handwerk und Mittelstand in Bayern. Seien es unflexible Abstandsregelungen für Windräder oder der mangelhafte Investitionsschutz für Biogasanlagen – die Staatsregierung verhindert die Energiewende mit ihrer Blockade- und Bremspolitik regelrecht. Wir FREIE WÄHLER setzen uns im Landtag deshalb für geänderte politische Weichenstellungen ein, damit der Atomausstieg nicht in der CO₂-Sackgasse der Braunkohleverstromung endet oder am Ende gar ein europaweiter Strom-Blackout droht. Verträgliche Lösungen müssen jetzt vor Ort erarbeitet werden.

Reform überfällig: Gymnasium in Bayern nach dem Volksbegehren

Mit ihrem Volksbegehren zur Wahlfreiheit zwischen dem neun- und einem achtjährigen Gymnasium haben die FREIEN WÄHLER den entscheidenden Impuls gesetzt, damit Bewegung in diese verkorkte Gymnasialreform kommt. In den aktuellen Vorschlägen aus dem Re-



gierungslager ist deutlich zu erkennen, dass der Druck bei den Bildungsverantwortlichen langsam ankommt. Nun gilt es ein waches Auge darauf zu halten, dass nicht wieder eine nur halbge Reform herauskommt, die im Zweifel noch schlechter ist als das, was wir jetzt haben. Die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion wird daher nicht nachlassen und mit parlamentarischen Initiativen den Druck auf die alleinregierende CSU aufrecht erhalten.

Unausweichlich: Untersuchungsausschüsse zu Schottdorf-Skandal und Modellbau-Affäre

Leider blieb Bayern auch in diesem Jahr von haarsträubenden und teils kriminellen Skandalen nicht verschont, die auch Auswirkungen auf die Politik und den politischen Betrieb haben. Bei zwei solchen aktuellen Fällen – dem sogenannten Schottdorf-Skandal um ärztliche Abrechnungsbetrügereien in Millionenhöhe und der sogenannten Modellbau-Affäre um die ehemalige bayerische Staatskanzleichefin Christine Haderthauer – haben die FREIEN WÄHLER schon frühzeitig Untersuchungsausschüsse zur parlamentarischen Aufarbeitung der Vorgänge gefordert.

Abschließend: Nachtragshaushalt 2014

Viele dieser Themen und einiges mehr fanden auch Eingang in die Beratungen zum Nachtragshaushalt 2014. Hier haben sich die FREIEN WÄHLER unter anderem eingesetzt für

- eine Verbesserung der knappen Personalausstattung im öffentlichen Dienst, vor allem im Lehrerbereich, aber auch in den Bereichen Finanz und Justiz,
- einen Abbau des Investitionsstaus bei Staatsstraßen und staatlichen Gebäuden,

- energetische Gebäudesanierung sowohl bei staatlichen als auch bei kommunalen Gebäuden,
- Mittel für Bildung, beispielsweise für den flächendeckenden Ausbau von Ganztagschulen,
- ein Vorantreiben des Breitbandausbaus,
- diverse soziale Belange, insbesondere Verbesserungen bei Kindertageseinrichtungen,
- eine angemessene Finanzausstattung der Kommunen, da dies den Bürgern vor Ort unmittelbar zu Gute kommt,
- eine Erhöhung des Pensionsfonds, um in wirtschaftlich schwächeren Zeiten auf ausreichende Rücklagen zugreifen zu können.

Außerdem fordern die FREIEN WÄHLER eine kinderfreundliche Überarbeitung der Mehrwertsteuersätze und die längst überfällige – oft versprochene, aber nie erfüllte – Abschaffung der kalten Progression.

INHALT



Seite 1
Der schleichende Tod der Dörfer



Seite 2
Rück- und Ausblick Landtag



Seite 3
Wir bewegen Bayern!



Seite 4
Elektromobilität in der Praxis



Seite 4
Ferienprogramm



Seite 5
Seminarübersicht 2. Halbjahr 2014



Seite 6
Open Content

GESTALTEN SIE MIT!

ANMELDUNG FÜR DIE LANDESARBEITSKREISE DER FREIEN WÄHLER

Seit September 2013 sind die FREIEN WÄHLER zum zweiten Mal im Landtag vertreten und können so die Landespolitik konstruktiv mitgestalten. Für die erfolgreiche Arbeit unserer Landtagsfraktion ist es von großer Bedeutung, dass neben der **fachlichen Kompetenz** auch **Anregungen und Wünsche von Seiten der kommunalen Basis und der Mitglieder** in die Landtagsarbeit einfließen.

Es ist vorgesehen, dass sich **Landesarbeitskreise ca. 2 – 4 Mal jährlich** treffen, wenigstens noch einmal im Jahr 2014. **Wir würden uns freuen, wenn Sie sich in die Arbeit der Arbeitskreise einbringen.** Gleichzeitig erhalten Sie Informationen aus erster Hand über die politische Arbeit im Landtag. Ihre **Anmeldung** ist jederzeit auf der Seite <http://www.fw-bayern.de/arbeitskreise/> möglich. Dort erhalten Sie auch die aktuellen **Termine** der nächsten Treffen.

WIR BEWEGEN BAYERN!

Liebe Freie Wählerinnen und Freie Wähler,

die Wahlen auf allen Ebenen - von der Kommune bis Europa - sind fürs Erste vorüber und die Arbeit geht weiter oder von Neuem los. In sehr vielen Kommunen befinden wir uns traditionell an entscheidenden Positionen und können vor Ort etwas bewegen. Eine grundsätzlich bessere Finanzausstattung, 15 Prozent anstatt 12,75 Prozent Kommunalanteil am Steuerverbund und weniger Einzelschriften „von oben“ sind weiterhin unser großes Ziel, um in den Kommunen noch mehr bewegen zu können.

Einen entsprechenden Vorstoß wird die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion bei den laufenden Beratungen zum Doppelhaushalt erneut einbringen. Mit unserem Volksbegehren für die Wahlfreiheit zwischen G8 und G9 haben wir Bayern bewegt. An knapp 300.000 Unterschriften und einem sinnvollen Verbesserungsvorschlag zur Weiterentwicklung des Gymnasiums kommt die Staatsregierung nicht vorbei. Sie bewegt sich. Noch vor wenigen Wochen wurden wir im Landtag mit Spott und Häme übergossen wegen unseres Vorschlages der Wahlfreiheit, was angeblich die Gymnasien vor allem im ländlichen Raum kaputtmachen würde. Jetzt kommt die Staatsregierung mit dem fast identischen Vorschlag und bezeichnet ihn als so gut, dass man ihn nicht mehr ändern müsse. Wir sehen es sportlich, es zählt der Erfolg.

Auch auf europäischer Ebene sind wir mittlerweile vertreten, mit unserer ersten MdEP Ulrike Müller. Sie hat dort Fuß gefasst und versucht ebenfalls etwas zu bewegen, in enger Abstimmung mit der Landtagsfraktion und der kommunalen Ebene. Schon allein mit dem Kampf gegen die Freihandelsabkommen TTIP und CETA sind wir hier voll gefordert. Wir wollen und müssen auch hier etwas bewegen.



Mit freundlichen Grüßen,
Ihr Hubert Aiwanger

ELEKTRO-MOBILITÄT IN DER PRAXIS E-FAHRUNGEN IM FUHRPARK DES LANDRATSAMTES KULMBACH

„Die Zukunft gehört dem Elektroauto!“ - sagen viele Energieexperten. Der Elektroantrieb ist deutlich effizienter als ein Verbrennungsmotor, und wenn der Strom auch noch aus erneuerbaren Energien stammt, kann ein solches Auto fast CO₂-frei fahren. Schon vor Jahren hat die Bundesregierung deshalb das Ziel ausgegeben: Bis 2020 sollen 1 Million Elektroautos auf deutschen Straßen rollen.

Bislang war der Markt allerdings eher übersichtlich. Es gab kaum Modelle zu kaufen, und wenn, dann waren sie preislich nicht allzu attraktiv. Doch mittlerweile beginnt eine wahre Elektro- und Hybrid-Offensive der unterschiedlichsten Hersteller.

Die Förderung der Elektromobilität ist auch eine Maßnahme aus dem Klimaschutzkonzept des Landkreises Kulmbach.

So nutzten der Landkreis Kulmbach und die Energieagentur Nordbayern schon im September 2012 den Tag der offenen Tür am Kulmbacher Landratsamt für einen gemeinsamen „Aktionstag Elektromobilität“. Erstmals zeigten damals die Händler aus dem Raum Kulmbach eine breite Palette aktueller Elektro- und Hybridautos an einem Ort. Dabei durften die Fahrzeuge nicht nur bestaunt werden: Einige standen auch für Probefahrten zur Verfügung!

In Kooperation mit dem Klimaschutzmanagement wählten die Auszubildenden unseres Landratsamtes nun als Sonderprojekt während ihrer Ausbildung die Überprüfung des Einsatzes von Elektromobilität im Fuhrpark unseres Landratsamtes. Die Auszubildenden fanden heraus, dass viele Dienstfahrten innerhalb der Landkreisgrenzen stattfinden und der Einsatz von Elektrofahrzeugen also hier durchaus sinnvoll wäre.

Die Möglichkeit, in unserem Fuhrpark ein E-Auto zu testen, wurde auf Initiative unserer

Auszubildenden und in Kooperation mit der Geschäftsleitung, Kämmerei, Fuhrparksleitung, Klimaschutzmanagement, Poststelle, Servicecenter und der Verkehrsakademie Nordbayern geschaffen.

Vom 25.09. – 29.09.2014 stand nun unserem Fuhrpark, ergänzend zu den anderen Fahrzeugen, ein E-Mobil (Ein-Gang-Automatik) zur Verfügung. Das E-Auto haben sich die Mitarbeiter für ihre Dienstfahrten analog zu den anderen Fahrzeugen über das Servicecenter reservieren lassen.

Die Reichweite beträgt lt. Angaben des Automobilherstellers 190 km, Praxistests haben jedoch erwiesen, dass wir von einer tatsächlichen Reichweite von 140 – 160 km ausgehen können.

Mitarbeiter aus den unterschiedlichsten Sachgebieten testeten nun das E-Mobil auf ihren Dienstfahrten. Vorrangig wurde er für Fahrten innerhalb der Landkreisgrenzen eingesetzt.

Insgesamt erhielten wir eine sehr positive Resonanz unserer Mitarbeiter zum E-Auto:

- Die ca. 140 Kilometer Reichweite bei normaler Fahrweise sind für einen Tag im Außendienst mehr als ausreichend.
- Das Auto bietet genug Platz, um genügend Ausrüstung mit in den Außendienst zu nehmen.
- Die Bedienung des Ladegerätes ist einfacher als gedacht.
- Es lässt sich wie ein normales Automatik-Auto fahren.

Einige Mitarbeiter befürchteten aber, bei längeren Strecken nicht mehr zurück zu kommen, deshalb testete die Klimaschutzmanagerin das E-Auto zusätzlich auch für eine längere Fahrt. Sie fuhr zu einem Außendienst-Termin im Landkreis Coburg. Einfach betrug die Streck-

perkurs teilnehmen. Im Wildpark durften die Kinder mit in den Gehegen und den Pflegern zur Hand gehen und dort aus nächster Nähe die Tiere beobachten, streicheln und füttern. Eine, von der Parkleitung organisierte Wildpark-Rallye, war ein weiteres Highlight. Die



Ingrid Flieger

*Klimaschutzmanagement, Landkreis Kulmbach
flieger.ingrid@landkreis-kulmbach.de*

ke 58 km, also sollte der gesamte Weg mit einem aufgeladenen E-Fahrzeug kein Problem darstellen. Das Ziel wurde sicher erreicht, obwohl einige Umleitungen wegen Baustellen gefahren werden mussten. Gefühlvolles Fahren mit dem sinnvollen Einsatz der Rekuperation (über die Bremsenergie lädt sich die Batterie auf) ist dabei unerlässlich.

Während der Veranstaltung wurde das Fahrzeug wieder aufgeladen, um dann die Heimreise ungehindert antreten zu können. Problemlos erreichte die Klimaschutzmanagerin den Ausgangsort Kulmbach. Dieser Praxistest bewies, dass mit entsprechender Fahrweise und vorausschauendem Aufladen auch längere Strecken bewältigt werden können.

Wir haben nun die Möglichkeit durch die Kooperation mit der Verkehrsakademie Nordbayern weitere E-Fahrzeuge zu testen, um für unseren Fuhrpark das richtige auszuwählen. Notwendig für die Anschaffung eines Elektroautos ist natürlich auch die Errichtung einer Schnell-Ladesäule, um zwischen den Dienstfahrten schneller aufladen zu können.

Wir werden das Thema Elektromobilität mit unseren Kooperationspartnern gemeinsam in unserem Landkreis weiter nach vorne bringen!

„Raus aus dem Schulalltag – rein in die Ferien“, war das Motto eines Ferienprogrammes der Freien Wähler Kirchhehnbach. Neben einem Erlebnistag im Wildpark Hundshaupten bei Forchheim, konnten sportbegeisterte Kinder an einem Tennis-Schnup-

perkurs teilnehmen. Im Wildpark durften die Kinder mit in den Gehegen und den Pflegern zur Hand gehen und dort aus nächster Nähe die Tiere beobachten, streicheln und füttern. Eine, von der Parkleitung organisierte Wildpark-Rallye, war ein weiteres Highlight. Die

vorbildlich organisierten Veranstaltungen wurden gerne angenommen. Den Verantwortlichen und Organisatoren, aber auch allen Helfern gebührt Dank und Anerkennung für ihr Engagement.

Wörner, Kirchhehnbach



SEMINARÜBERSICHT DES BILDUNGSWERKES IM 2. HALBJAHR 2014

Oktober

Fr. 17.10.2014	Das Haushaltsjahr- mehr als nur vier Jahreszeiten	Kleiber	Unterfranken, Rothenfels
Fr. 17.10.2014	Unsere Gemeinde: fit für die Zukunft!?	Stallmeister	Oberfranken, Stegaurach
Sa. 18.10.2014	Die Bayerische Bauordnung aus der Sicht der Praxis	Wagner	Obb. Ost, Ainring/Feldkirchen
Sa. 18.10.2014	Aufstellung des Haushaltsplans - Haushaltsgrundsätze	Kolenda	Niederbayern, Rohr
Fr. 24.10. 2014	„Windkraft in der Kommune - ein wichtiger Baustein der Energiewende“	Lorenz	Mittelfranken Herrieden
Fr. 24.10. 2014	Rhetorik - das A und O der Kommunikation	Portele	Unterfranken, Neuendorf
Fr. 24.10.2014	Kommunale Rechnungsprüfung – mehr als nur Kontrolle?	Kleiber	Schwaben, Aystetten
24./25./26.10.2014	Coaching - Wir machen Sie fit für den Wahlwettbewerb!	Dehler	Oberfranken/Coburg
Sa. 25.10.2014	Pressearbeit für lokale Printmedien	Knoll	Unterfranken, Kleinlangheim
Sa. 25.10.2014	Kommunikationstraining - Präsentationen und öffentlicher Auftritt in der Kommunalpolitik	Schmitz A.	Oberpfalz, Burglengenfeld
Fr. 31.10.2014	Die Förderung der Kinder- und Jugendarbeit in der Gemeinde	Ziegler	Mittelfranken, Röttenbach
Fr. 31.10.2014	Das Haushaltsjahr- mehr als nur vier Jahreszeiten	Kleiber	Oberfranken, Stegaurach

November

Fr. 7.11.2014	Die Bayerische Bauordnung	Wagner	Mittelfranken, Wolframs-Eschenbach
Fr. 7.11.2014	Rechnungsprüfung in der Kommune	Kolenda	Niederbayern, Zwiesel
Fr. 7.11.2014	Selbstsicher und auf Augenhöhe kommunizieren	Portele	Unterfranken, Geldersheim
Sa. 8.11.2014	Gestaltung einer kommunalen Webseite mit dem CMS TYPO3	Schmitz M.	Oberfranken, Thurnau
Sa. 8.11.2014	Kommunikationstraining ohne Worte: Mit Körpersprache überzeugen	Schmitz A.	Unterfranken
Sa. 8.11.2014	Öffentlichkeits- und Pressearbeit	Stallmeister	Oberpfalz, Königstein
Fr. 14.11.2014	Die Rechnungsprüfung - Verantwortung für sparsames Haushalten - sinnvolle Kontrolle der Verwaltung - Grundlage für die Entlastung des Bürgermeister	Schaller	Mittelfranken, Marloffstein
Fr. 14.11.2014	Vorgehensweise bei der Erstellung eines Leitbildes bzw. eines Gemeindeentwicklungsplans - praktische Anleitung	Stallmeister	Unterfranken, Uettingen
Sa. 15.11.2014	Workshop zu aktuellen Themen, ergangener Rechtsprechung und jüngsten Entwicklungen auf dem Gebiet des Kommunalrechtes und des Haushaltsrechtes	Kleiber	Unterfranken
Sa. 15.11.2014	Mitglieder werben – Mitglieder halten	Knoll	Mittelfranken, Roßtal
Sa. 15.11.2014	Die kommunalpolitische Arbeit zwischen den Wahlen	Stallmeister	Oberfranken, Neustadt b.Co.
Sa. 15.11.2014	Wer fragt - der führt	Henry	Obb. Ost, Altötting
Fr. 21.11.2014	Bauleitplanung	Wagner	Niederbayern, Unterneuhns
Fr. 21.11.2014	Kommunalpolitik für den Nachwuchs - Junge Menschen können ihre Gemeinde mitgestalten - Basiswissen für Neueinsteiger	Kleiber	Oberpfalz
Sa. 22.11.2014	Gestaltung einer kommunalen Webseite mit dem CMS TYPO3	Schmitz M.	Niederbayern, Landshut
Sa. 22.11.2014	Kommunikationstraining: Schlagfertigkeit in jeder Situation	Schmitz A.	Schwaben
Fr. 28.11.2014	Jugendarbeit in der Kommune - Investition in die Zukunft!	Ziegler	Unterfranken
Fr. 28.11.2014	Unsere Gemeinde: fit für die Zukunft!?	Stallmeister	Niederbayern, Niederwinkling
Sa. 29.11.2014	Rechnungsprüfung in der Kommune	Kolenda	Obb. Ost, Halfing
Sa. 29.11.2014	„Simply City“ - Antwort auf den demographischen Wandel?	Stock	Unterfranken
Sa. 29.11.2014	Erste Schritte - Von der Anmeldung zur sicheren Nutzung von Facebook	Freudenberger	Schwaben

Dezember

Fr. 05.12.2014	Das Haushaltsjahr - mehr als nur vier Jahreszeiten	Kleiber	Unterfranken
Fr. 05.12.2014	Facebook- Fortgeschrittene - Linke Facebook-Spalte - Funktionen effektiv nutzen	Freudenberger	Mittelfranken, Greding
Sa. 06.12.2014	Zeitmanagement – Stecken Sie sich Ziele und erreichen Sie diese	Dehler	Mittelfranken, Adelsdorf
Fr. 12.12.2014	Der erste Eindruck ist oft entscheidend - sich wirkungsvoll präsentieren	Portele	Unterfranken
Sa. 13.12.2014	Gewinnung neuer Zielgruppen mittels Internet	H. Portele	Niederbayern, Pilsting-Grkb

TIPPS ZUR SUCHE UND ZUM UMGANG MIT OPEN CONTENT – FREIEN INHALTEN

Wer hat nicht schon nach einer Grafik, einem Bild oder einem Geburtstagsgruß im Internet gesucht, um den Inhalt auf der eigenen Homepage, auf Facebook oder in einem Dokument einzubinden. Haben Sie dabei immer an das Urheberrecht gedacht und ob Sie den kopierten Inhalt wirklich selbst wieder veröffentlichen dürfen, ohne die geltenden Urheberrechte zu verletzen? Wenn nicht, dann sollten Sie sich mit der Open-Content-Lizenz „Creative Commons“ beschäftigen. In diesem Kurzbeitrag möchte ich Ihnen die relevanten Eckpunkte vorstellen.

Das Modell des **Open Content** (Freie Inhalte, wie z.B. Texte, Bilder, Filme. etc.) ist an das der Open-Source-Software angelehnt. Es handelt sich dabei in erster Linie um ein auf den Urheberrechtsordnungen basierendes Lizenzierungsmodell. Archive mit freien Inhalten sind zum Beispiel **Wikipedia** oder **Flickr** (Bildmaterial). Über die Suchmaschinen können Sie die Suche von Daten auf die entsprechenden Lizenzen einschränken.

„Freie Inhalte“, deren Weiterverbreitung urheberrechtlich erlaubt ist, können ursprünglich gesetzlich geschützte Werke sein, deren Schutzfristen abgelaufen sind, oder Inhalte, die der Urheber oder Inhaber unter eine freie Lizenz gestellt hat. Diese Lizenz räumt jedem Nutzer einfache **Nutzungsrechte** ein.

Ob ein Foto, Text oder Musikstück unter einer solchen Lizenz steht, ist häufig an dem CC Logo zu erkennen. Zurzeit werden sechs verschiedene Standard-Lizenzverträge angeboten, die bei der Verbreitung kreativer Inhalte genutzt werden können. Diese Lizenzen regeln, welche Freiheiten der Urheber dem Nutzer einräumt.

Der einfachste **CC-Lizenzvertrag** verlangt vom Nutzer lediglich die **Namensnennung** des Urhebers oder Rechteinhabers.

Die derzeit **sechs verschiedenen CC-Lizenzen** für den deutschen Rechtsraum sind folgende:

1. CC-BY Namensnennung

Diese Lizenz eröffnet als einzige **Nutzungs-freiheiten ohne Restriktionen** im Hinblick auf die Nutzungszwecke und ermöglicht gleichzeitig Kombinationen unterschiedlich lizenzierter Werke.

2. CC-BY-SA Namensnennung - Weitergabe unter gleichen Bedingungen und Bearbeitungen als kommerzielle Nutzung sind erlaubt.

Bearbeitungen dürfen nur unter den gleichen oder vergleichbaren Lizenzbestimmungen veröffentlicht werden.

3. CC-BY-ND Namensnennung - keine Bearbeitung

Es sind **keine Bearbeitungen** erlaubt, jedoch ist die kommerzielle Nutzung erlaubt.

4. CC-BY-NC Namensnennung - nicht kommerziell

Bearbeitungen sind erlaubt, die **kommerzielle Nutzung** ist jedoch **ausgeschlossen**.

5. CC-BY-NC-ND Namensnennung - nicht kommerziell - keine Bearbeitung

Kommerzielle Nutzung und Bearbeitung ist vollständig ausgeschlossen. Diese Lizenz lässt relativ wenig zu.

6. CC-BY-NC-SA Namensnennung - nicht kommerziell - Weitergabe unter gleichen Bedingungen

Bearbeitungen sind erlaubt, ihre Veröffentlichung ist jedoch nur unter bestimmten Lizenzbestimmungen gestattet. Werden Bearbeitungen vorgenommen, besteht die Verpflichtung, auf die Übernahme des Ursprungswerkes und die daran vorgenommenen Änderungen hinzuweisen. **Kommerzielle Nutzungen sind nicht gestattet**.

Liebe Leserin, lieber Leser, damit Sie der „Freie Wähler“ im Postversand immer aktuell erreichen kann, melden Sie bitte Neumitglieder in Ihrem Verband, Adresswechsel oder Austritte an die BKB-Geschäftsstelle,

Berndorfer Straße 18, 95349 Thurnau;
Fax: 09228 9969567; Tel.: 09228 9969566;
E-Mail: bkb-bayern@t-online.de
Eine Umstellung oder Neuanmeldung von Postversand oder E-Mail-Bezug des FW ist jederzeit über die Homepage des Bildungswerkes unter www.bkb-bayern.de und die Rubrik „Newsletter“ möglich. Hier finden Sie auch das aktuelle Seminarangebot und können sich direkt zu Ihrem Wunschseminar anmelden.

Redaktionelle Beiträge nimmt die Redaktion des FW gerne unter E-Mail: redaktion@bkb-bayern.de bis zum **5. Dezember 2014**, entgegen.

Möchten Sie regelmäßig die neuesten Freie Wähler-Pressemitteilungen in Ihrem Postfach finden? Dann schicken Sie bitte eine kurze E-Mail an die FW-Landesgeschäftsstelle in München (gstelle@freie-waehler.de) mit Nennung Ihres Namens, Ihres Ortsvereins, sowie Ihrer Email-Adresse.

Für namentlich gekennzeichnete Artikel zeichnet ausschließlich der Verfasser verantwortlich. Kürzungen behält sich die Redaktion vor.

Leider können nicht alle eingereichten Beiträge, wie Mitgliederversammlungen oder Geburtstage veröffentlicht werden. Vereinsjubiläen werden i.d.R. erst ab 25-jährigem Bestehen veröffentlicht. Die Redaktion bittet um Verständnis.

Da die Lizenzbestimmungen immer wieder angepasst werden, sollten Sie diesen Link regelmäßig aufsuchen: <http://de.creativecommons.org>

Dem betreffenden Inhalt (Bild, Musikdatei, Video, Text ...) kann eine dieser Lizenzen vom Rechteinhaber in Form von Meta-Angaben deutlich erkennbar mitgegeben werden. Dadurch können Nutzer und Suchmaschinen sofort erkennen, was mit den so gekennzeichneten Inhalten geschehen darf und was nicht.

Auf dieser Seite können Sie einfach selbst Inhalte lizenzieren:

<http://creativecommons.org/choose/?lang=de>

Inhaltssuche mit oben genannten Lizenzbestimmungen sind auf Google unter folgender Adresse möglich:

http://www.google.de/advanced_search

Im Bereich „**Nutzungsrechte**“ kann die Suche nach Daten mit den entsprechenden Lizenzen eingeschränkt werden.

Es bietet sich an, sich auf diesem Gebiet weitere Informationen einzuholen.

In der Broschüre „Nicht alles was geht ist auch erlaubt“, die auf der Internetseite von www.klicksafe.de unter dem Link:

http://irights.info/wp-content/uploads/2014/07/Nicht_alles_was_geht_ist_auch_erlaubt_Broschue-re-iRightsinfo-Klicksafe.pdf

heruntergeladen werden kann, erhalten Sie [weiterführende Informationen.](#)

Karl-Erwin Freudenberger